

Echte Reformen für Deutschland

Vorfahrt für die Wirtschaft jetzt!

Deutschland steckt im wirtschaftlich schwächsten Jahrzehnt seiner Nachkriegsgeschichte. Seit 2019 ist die Weltwirtschaft um 19 % gewachsen – Deutschland um gerade 0,7 %. Erstmals seit elf Jahren sind wieder über drei Millionen Menschen arbeitslos, nur jedes vierte Unternehmen plant höhere Investitionen. Das sind die Symptome eines politikgemachten, strukturellen Wettbewerbsproblems. Wir sind erkennbar in einer wirtschaftlichen Ausnahmesituation. Die Politik muss ihr Mindset und ihr Handeln endlich der neuen Realität anpassen. Die oberfränkische Wirtschaft braucht ein klares politisches Signal: Vorfahrt!

1. Kosten senken!

Deutschland gehört zu den teuersten Wirtschaftsstandorten der OECD – bei Steuern, Energie und Arbeitskosten. Investitionen bleiben aus oder wandern ins Ausland ab. Deshalb:

- Unternehmenssteuer-Entlastung für alle Unternehmensformen sofort umsetzen: Körperschaftsteuer und gleichberechtigte Entlastung z.B. für Personenunternehmen schrittweise auf 10 % senken,
- Degressive Abschreibung auf Ausrüstungsgüter (30 %) dauerhaft entfristen und Investitionssicherheit schaffen,
- Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen und Mittelstandsbauch bei der Einkommensteuer abbauen,
- Unternehmensnachfolgen nicht durch Substanzbesteuerung, etwa durch die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen, gefährden, die dem Betrieb Liquidität entzieht,
- Stromsteuer auf EU-Mindestmaß für alle Unternehmen senken,
- Sozialabgaben dauerhaft bei maximal 40 % stabilisieren (2026: 42,6 bis 43,2 %), als Ad-hoc-Maßnahme sind versicherungsfremde Leistungen komplett aus Steuermitteln zu finanzieren (z.B. Mütterrente, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für Grundsicherungsempfänger)
- Senkung der Systemkosten im Energiesektor, insbesondere durch einen effizienten Netzausbau und die Rückführung des Energieeffizienzgesetzes auf europäische Vorgaben.

2. Bürokratie abbauen – auf allen Ebenen!

Der Abbau der Überregulierung muss gleichzeitig auf EU-, Bundes- und Landesebene ansetzen – wer nur auf einer Ebene entlastet, schafft keine spürbare Wirkung. Deshalb:

- EU: Omnibus I jetzt zügig national umsetzen – Vereinfachung von CSRD, CS3D und EU-Taxonomie,
- EU: CBAM praxistauglich ausgestalten durch stabile, einfache Meldepflichten,

- Bund: Nationales Lieferkettengesetz (LkSG) konsequent auf den CSDDD-Anwendungsbereich reduzieren und den nationalen Sonderweg unverzüglich beenden,
- Bund: Vergabebesleunigungsgesetz zügig verabschieden und mittelstandsfreundlich ausgestalten – Vereinfachungen für Bieter müssen substantiell wirken,
- Bund/Land: Bürokratiekosten verbindlich um 25 % pro Legislaturperiode senken; Genehmigungsverfahren durch Stichtagsregelungen und digitale Prozesse radikal beschleunigen,
- Entschlossene und schnellere Umsetzung der schon vereinbarten Maßnahmen: Abschaffung eines Drittels aller Auskunfts- und Berichtspflichten sowie der Hälfte sämtlicher Dokumentationspflichten,
- Vorziehen der Reduzierung der Verwaltungskontrollen (aktuell geplant bis Ende 2027),
- Umsetzen der schon im Koalitionsvertrag festgelegten, einfach zu regelnden Bürokratieabbau-Vorschläge: Bon-Pflicht, Sonntagsbackverbot für das Bäckerhandwerk.

3. Infrastruktur modernisieren!

Das 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen des Bundes ist eine historische Chance – sie wirkt aber nur, wenn Investitionen ausschließlich zielgerichtet in die Infrastruktur fließen, zu 100 Prozent zusätzlich erfolgen und Planungs- und Genehmigungshürden nicht weiter jeden Fortschritt bremsen. Deshalb:

- Fokussierung auf ein ambitioniertes Infrastruktur-Zukunftsgesetz und die konsequente Umsetzung von Beschleunigungspakt und Modernisierungsagenda,
- Investitionen in die berufliche Bildung mit der gleichen Priorität berücksichtigen wie in Kitas und allgemeinbildende Schulen,
- Ersatzneubauten und Sanierungen generell von der Planfeststellungspflicht befreien; verbindliche Fristen für alle Genehmigungsschritte einführen,
- Losweise Vergabe bei Infrastrukturaufträgen aus dem Sondervermögen zwingend beibehalten – nur so kommen regionale, kleine und mittelständische Betriebe zum Zug,
- Glasfaser- und Mobilfunkausbau als überragendes öffentliches Interesse einstufen,
- Verwaltungsdigitalisierung Ende-zu-Ende vollständig digital umsetzen.
- Bahnkorridor Nürnberg–Hof als überragendes öffentliches Interesse einstufen und prioritär ausbauen,
- Durchgängiger Ausbau und die vollständige Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Eisenbahnstrecken zwischen Bayern, Sachsen und Thüringen (Franken-Sachsen-Magistrale, Schienenlückenschluss Coburg-Südthüringen, Franken-Thüringen-Express)

4. Arbeit neu gestalten!*

In Deutschland liegt die Teilzeitquote bei 40,1 Prozent, die Krankheitstage mit 24,9 pro Person jährlich sind europäischer Spitzenwert – mit Lohnfortzahlungskosten von 76,7 Milliarden Euro. Wer Wachstum will, muss das Arbeitsvolumen erhöhen*. Deshalb*:

- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall absenken und die telefonische Krankschreibung abschaffen,
- Wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit einführen,
- „Rente mit 63“ abschaffen; Abschlagsfaktor bei vorzeitigem Renteneintritt erhöhen,
- Teilzeitbefristungsgesetz (TzBfG) reformieren und Fehlanzeige zur Teilzeit abbauen – Arbeitgeber müssen betriebliche Gründe gegen Teilzeitwünsche leichter geltend machen können,
- Ganztagskinderbetreuung und Pflegeplätze flächendeckend ausbauen – als Voraussetzung für mehr Erwerbsbeteiligung von Frauen und pflegenden Angehörigen.

Vorfahrt für die Wirtschaft. Jetzt!

* Teile dieser Analyse – und damit der Folgerungen – treffen nicht gleichermaßen auf das Handwerk zu. Entsprechend weichen einige der Forderungen von den Positionen der Arbeitgeber und deutlicher von den Positionen der Arbeitnehmenden des Handwerks ab, die durch die Handwerkskammer für Oberfranken ganzheitlich vertreten werden.

30. März 2026